

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt monatlich 32 Mk., Einzelverkaufspreis 1,50 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stk. 150 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 182.

Montag, 7. August 1922.

29. Jahrgang.

Poincarés Strafmaßnahmen.

Das erste Stadium der Gewaltanwendung.

Die Nichtanerkennung der deutschen Forderungen. Keine Auszahlung von Liquidationserträgen. — Keine Mobilisierungsrückgabe in Elsaß-Lothringen.

Raum war in Paris die deutsche Antwortnote in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen übergeben worden, wurde von der gence Havas, dem offiziellen französischen Telegraphenbureau, ein Communiqué verbreitet, das eine Antwort auf die deutsche Note darstellte. Das Communiqué war zweifellos schon vor dem Eintreffen der deutschen Note fertiggestellt. Wenn es noch nicht die offizielle Antwort Poincarés auf die Note der Reichsregierung darstellt, so enthält es doch schon alle wesentlichen Punkte und in Aussicht genommenen Maßnahmen. Sein Inhalt ist folgender:

Die französische Regierung hat infolge der dilatorischen (hinauschiebenden) deutschen Antwort zur Sicherstellung ihrer Ansprüche folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Ausgleichsämler in Paris und Straßburg werden angewiesen, bis auf Widerruf jede Anerkennung deutscher Forderungen zu unterlassen.

2. Die Ausgleichsämler erhalten die Anweisung, bis auf Widerruf durch Urteil des gemischten Schiedsgerichts zugesprochenen Entschädigungen für Rechnung der deutschen Regierung aus dem Erlös der Liquidationen der deutschen Güter nicht auszubehalten. Die Rechtswirkungen des französisch-deutschen Abkommens vom August/September 1921, auf Grund dessen diese Zahlungen erfolgten, sind vorläufig aufgehoben. Die deutsche Regierung wird aus eigenen Mitteln die Zahlungen leisten müssen, zu denen sie verurteilt ist und noch verurteilt werden sollte.

3. Die Ausgleichsämler in Paris und Straßburg haben bis auf weiteres jede Befreiung des Reinerlöses aus der Liquidation deutschen Eigentums in Frankreich zu unterlassen. Diese Maßregel wird die Entschädigung der von den Liquidationen betroffenen Deutschen in Frankreich praktisch unmöglich machen und das Reich daran hindern, seine Guthaben zum Vorteil dieser Kategorie deutscher Staatsangehöriger zu verwenden.

4. Die Ausführung der in Baden-Baden vereinbarten Bestimmungen über die Rückgabe der Möbel in Elsaß-Lothringen an ihre deutschen Eigentümer wird vorläufig suspendiert.

5. In Elsaß und Lothringen werden Sicherungsmaßnahmen für das Verbleiben des Eigentums im Lande getroffen.

Sollten diese fünf Maßnahmen nicht genügen, um eine rasche Regelung der Streitfragen herbeizuführen, dann sollen neue und schärfere Zwangsmaßnahmen folgen.

Die Reichsregierung hat bis Sonntag vormittag eine offizielle Mitteilung der französischen Regierung über deren Maßnahmen nicht erhalten. Trotzdem hat der Reichsfinanzler die in Betracht kommenden Ressorts beauftragt, die Auswirkungen der französischen Gewaltpläne zu untersuchen. Es ist zu erwarten, daß sich das Reichskabinett an Hand des von den einzelnen Ministerien aufgestellten Materials bereits am Montag vormittag mit der Angelegenheit beschäftigt und anschließend der Presse eine Erklärung übermitteln wird, die die Auffassung der Reichsregierung enthält und die sich insbesondere mit der Rechtslage befaßt. Ob in Anbetracht dessen, daß Frankreich eine offizielle Benachrichtigung der deutschen Regierung nicht für notwendig gehalten hat, ein Protestschreiben an die französische Regierung abgeht, ist zurzeit noch zweifelhaft. Beabsichtigt ist unter anderem, bei den Ententebotschaftern in Berlin Protest wegen der neuen Gewaltakte einzulegen.

Am 15. August sind die nächsten Ausgleichszahlungen der Reichsregierung an die Ententemächte fällig. In Anbetracht der Entwicklung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse hat sich die Reichsregierung bekanntlich veranlaßt gesehen, von den alliierten Staaten eine Herabsetzung dieser Zahlungen zu verlangen. England und Belgien haben das deutsche Ersuchen in einem vorläufig befriedigenden Sinne beantwortet, während die französische Antwortnote zu einem Schriftwechsel zwischen Frankreich und Deutschland Anlaß gab, der jetzt mit neuen Gewaltmaßnahmen der französischen Regierung geendet hat. Fast 10 Tage vor Ablauf des Fälligkeitstermins hat sich die französische Regierung, deren Ausgleichsansprüche von Deutschland nie als ungerecht bezeichnet wurden, erlaubt, zur Er-

langung ihrer Forderungen, 5 Gewaltmaßregeln zu ergreifen, die gegen den Friedensvertrag verstoßen und von denen sich drei auf das Ausgleichsverfahren selbst, zwei auf Elsaß-Lothringen beziehen. Der Sinn des Ausgleichsverfahrens besteht darin, daß die Vorkriegsschulden eines Franzosen nicht direkt an einen deutschen Gläubiger und umgekehrt gezahlt werden, sondern jeder einzelne an das Ausgleichsamt seines Landes die Zahlungen vorzunehmen hat. Die Ausgleichsämler belasten sich dann gegenseitig und zahlen an die betreffenden Landesangehörigen die Schuldsumme aus. Während dieses Verfahrens für Deutschland eine ungeheure Belästigung bedeutet, bringt es den französischen Gläubigern den Vorteil, daß ihre Forderungen nicht in entwerteter Mark, sondern in Franken zum Vorkriegsfuß, also pro Mark 123 Francs, beglichen werden. Auf Geheiß Poincarés sollen die französischen Ausgleichsämler die deutschen Forderungen jetzt nicht mehr anerkennen. Das wird zur Folge haben, daß die Zahlungen im Ausgleichsverfahren überhaupt eingestellt werden; denn Herr Poincaré darf nicht erwarten, daß Deutschland nunmehr ohne weiteres die französischen Forderungen anerkennen wird. Wir wissen, daß, falls Deutschland für sich jenes Recht beansprucht, daß Poincaré unter dem Bruch des Friedensvertrages sich herausnimmt, wir nach Pariser Deduktion eine neues „Unrecht“ begehen. Aber selbst auf diese Gefahr hin muß die Reichsregierung entsprechend handeln, bis die übrigen alliierten Mächte eine Entscheidung über unser Stundungsgesuch gefällt haben.

Der zweite Gewaltakt und damit das zweite Unrecht Poincarés bezieht sich auf die Entscheidungen des gemischten Schiedsgerichtshofes. Dieses Schiedsgericht setzt die Schäden fest, die französischen Staatsangehörigen aus außerordentlichen Kriegsmassnahmen Deutschlands entstanden sind. Während nun bisher laut Abkommen mit England und Frankreich die durch Entscheidung des Schiedsgerichtshofes fälligen Beträge hauptsächlich aus dem Erlös liquidierter deutscher Güter gedeckt wurden, soll die Reichsregierung jetzt die festgesetzten Summen direkt in bar bezahlen. Das ist um so widersinniger, als die ganze Welt heute weiß, daß Deutschlands Finanzkraft erschöpft ist und man sich fast einstimmig schlüssig darüber ist, daß dem deutschen Reich zunächst eine Stundung gewährt werden muß. Wenn Poincaré aber trotzdem die Aufbringung neuer Baarmittel verlangt, so bestätigt das die Auffassung, daß die französischen wirtschaftlichen Maßnahmen von politischen Momenten diktiert worden sind. Im Uebrigen aber, woher nimmt der französische Ministerpräsident das Recht, ein Abkommen, an dem auch England beteiligt ist, ohne weiteres aufzuheben? Was sagt die englische Regierung zu diesem Rechtsbruch? Auch die Anweisung der französischen Regierung an ihre Ausgleichsämler, die Mitteilungen an die deutschen Ausgleichsämler über den Erlös aus der Liquidation einzustellen, bedeutet nichts mehr, als eine der vielen gewohnheitsmäßigen widerrechtlichen Handlungen. Man will mit diesem Schritt verhindern, daß Deutschland seine eigenen Staatsangehörigen wegen dieser Liquidation entschädigt, obwohl der Versailles Vertrag daselbst Deutschland andererseits verpflichtet, eine derartige Entschädigung vorzunehmen. Gewissermaßen will man also durch Rechtsbruch auf der einen Seite einen Rechtsbruch von dem unrechtmäßig behandelten Gegner erzwingen.

Die Bestimmungen über Elsaß-Lothringen reichen sich den übrigen Maßnahmen würdig an. Nach dem Möbelausfuhrabkommen, das zwischen Deutschland und Frankreich im vergangenen Jahre in Baden-Baden abgeschlossen wurde, ist die französische Regierung nicht berechtigt, deutsches Hausgerät zu liquidieren. Wenn trotzdem jetzt die damals abgegebene schriftliche Zusicherung ohne weiteres einseitig aufgehoben wird, so kommt das einem Rechtsbruch gleich, der seines gleichen sucht.

Die Maßnahmen Frankreichs oder besser eines Kabinetts, das dem geistigen Einfluß des nationalen Blods unterliegt, sind um so haarsträubender, als sie zu einer Zeit beschloffen wurden, in der Poincaré seine Koffer packte, um nach London abzureisen und dort mit einem Partner zu verhandeln, als dessen Rechtsvertreter er sich durch die einseitige Aufhebung von Verträgen ausgespielt hat. Wir wissen nicht, ob dieser Zustand in London zunächst zur Debatte stehen wird — ist es nicht der Fall, dann vermögen wir nicht mehr an ein „Recht“ zu glauben, wie es in Lloyd Georges Reden so oft besondere Hervorhebung gefunden hat.

Im Irrkreis.

(Außenpolitische Wochenschau.)

Die Ministerkrise in Italien ist beendet. Nachdem alle anderen Kombinationen gescheitert sind, hat Facta ein neues Kabinett gebildet, das sich von seinem Vorgänger nicht wesentlich unterscheidet. Was ist gewonnen? Gar nichts. Die Rechte kündigte ein gewaltsames Vorgehen gegen ein Linkskabinett an, die Linke weigerte sich ein Kabinett mit Anschluß der Rechten zu dulden und so bildete man von neuem eine Regierung der Mitte unter Ausschluß der Rechten und der Linken. Bezeichnete man das erste Kabinett Facta als Uebergangskabinet, so verdient das jetzige Kabinett diesen Namen in noch höherem Maße. Facta wird die Regierungsgeschäfte bis zur nächsten Krise leiten. Neben ihm aber werden die Faschisten schalten und walten wie es ihnen beliebt. Von Staatsautorität ist schon heute in Italien kaum noch die Rede. Es ist unmöglich, gesunde politische Arbeit zu leisten, wenn der Führer einer Parteiministerheit ungestraft öffentlich mit dem Bürgerkrieg drohen kann. Was sich in Mailand und anderen Orten Italiens in den letzten Tagen abgepielt hat, ist bereits der Bürgerkrieg. Als der Diktator Mussolini der Mittelpunkt des Faschismus war, verfolgte er in seiner turbulenten Art außenpolitische Ziele. Unter Mussolini ist das Hauptziel des Faschismus die Unterdrückung der Arbeiterschaft geworden. Morgen wird er sich vielleicht gegen die Bourgeoisie selbst richten, in deren Reihen seine Geldgeber sitzen.

Die wirtschaftliche Lage Italiens erinnert in mancher Hinsicht an die Situation Deutschlands. Man steht unter dem Zeichen einer Teuerung und Knappheit, die der Landwirtschaft und der Großindustrie, soweit sie durch den Rohstoffmangel nicht gehemmt wird, eine Diktatur über die Marktpreise ermöglichen. In diesen Reihen kann man es sich leisten, sich ein eigenes Heer zu halten. Die Wirtschaft ist stärker als der Staat, solange es dem Staat nicht gelingt, eine Konsumentenmajorität auf sich zu einigen, die mächtig genug ist ihren Willen durchzusetzen. Aber vorläufig hat für Italien die Klassencheidung Arbeiter und Bürger eine größere Geltung als die klare Gegenüberstellung der Interessen des Kapitals und der Konsumenten, deren Ausgleich nicht gefunden werden kann, solange die Machtverteilung alle Rechte auf eine Seite wirft.

Auch in Polen ist man im Irrkreis gegangen. Den Staatschef Pilsudski wollte man treffen, als man aus der Ministerkrise eine Staatskrise machte. Der Konflikt endete mit der Konstituierung eines Kabinetts, das ganz den Wünschen Pilsudskis entspricht. Mag die Krise im Augenblick beigelegt sein, der Kampf geht weiter und man darf sich nach dem Ausfall der Wahlen auf eine neue Kampfsprobe gefaßt machen. Der neue Ministerpräsident Nowak ist Galizier. Das ist nicht ohne Bedeutung. Polen ist auch heute noch ein Land ohne Grenzen. Galizien gehört nicht zu Polen, die letzte Entscheidung der Entente steht noch aus. Wir aber gehört nicht zu Polen, es ist gegen den Willen des Völkerbundes und gegen den Vertrag von Riga von Polen annektiert worden. Infolgedessen ist Polen genötigt, mehr als es seine inneren Interessen erlauben, das Hauptgewicht auf die Außenpolitik zu legen. Es ist deswegen nicht erstaunlich, wenn Nowak in seiner Programmrede sehr viel von Außenpolitik spricht und fast gar nichts über die Aufgaben, die im Inneren vorliegen.

Auch wir Deutschen haben ein gewisses Interesse an dem außenpolitischen Kurs Polens. Polen ist einer unserer jüngsten und unruhigsten Nachbarn, es ist der Nachbar, dem wir am meisten aus unsern eignen Fleische beisteuern mußten, um ihm ein Leben zu ermöglichen, um seine oft nur vermeintlichen Lebensnotwendigkeiten zu erfüllen. Will Polen seine innere Gesundheit eifrig betreiben, dann darf es die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns nicht vernachlässigen. Wir aber sind nur dann in der Lage, ihm hilfreich an die Hand zu gehen, wenn die Rechte der deutschen Minderheiten nicht vergewaltigt werden. In dieser Hinsicht dürfte man einige Angaben in Nowaks Programm erwarten. Als Galizier dürfte es ihm nicht unbekannt sein, welche Sorgen Minderheiten bedrücken können. Viel war es nicht, was Nowak in dieser Beziehung sagte. So mögen dem taktische Erwägungen zu Grunde gelegen haben. Denn er aber unter anderem erklärte, er würde eine Politik betreiben, unter der sich auch die Minderheiten heimlich fühlen könnten, so vermüht man hier doch konkrete Vorschläge.

Eine der ersten Regierungshandlungen Nowaks war die Aufnahme der Verpflichtung, die noch schwebenden Zwangsenteignungen gegen die deutschen Landwirte in Pomerellen bis zu einer rechtlichen Klärung der Frage auszusprechen.

Am Vorabend der Einigung.

Schon lange kämpfen wir mit aller Kraft für die Einigung der sozialistischen Parteien. Heute lassen wir zu diesem Zweck einen der einflussreichsten Führer der Unabhängigen, Breitscheid, zu Wort kommen mit einem Aufsatz, den er im „Sozialist“ veröffentlicht hat. (Red. d. B.)

Das Tempo, in dem sich politische Entwicklungen vollziehen, läßt sich nicht im voraus berechnen. Der mit den Verhältnissen, vor allem denen ökonomischer Art, Vertraute kann die allgemeinen Richtlinien andeuten, aber er wird niemals den Zeitpunkt anzugeben vermögen, an dem sich das Erwartete vollzieht. Oft häßt man ungeduldig eine lange Frist und dann tritt plötzlich ein Ereignis ein, das den Prozeß unterbrocht beschleunigt und Dinge, für deren Ablauf man Monate und Jahre errönet hatte, auf den aller kürzesten Zeitraum zusammendrängt.

So wirken im Leben der Völker die großen staatlichen Umwälzungen. Gustav Landauer nennt einmal die Revolution einen Mikrokosmos. „In unglaublich kurzer Zeit, in großartiger Zusammendrängung, weil die Geister der Menschen komprimiert werden und aufspringen, wird die Welt des Möglichen wie ein Kanal, das über die Zeiten fließt, zur Erfüllung gebracht. In der Revolution geht alles unglaublich schnell, so wie im Traume der Schlafenden, die von irdischer Schwere befreit scheinen.“

Nicht nur Staaten machen solche Erfahrungen. Im Leben der Parteien ergeben sich unter Umständen ähnliche Möglichkeiten. Unklar schwebt ihnen diese oder jene Möglichkeit vor. Aber sie sind voller Bedenken, sehen gewaltige unüberwindliche Schwierigkeiten, und dann geschieht mit einem Male etwas, das ihrem Zaubern ein Ende macht. Die Hindernisse erscheinen ihnen jetzt leicht zu bewältigen. Eine Entwicklung, für die, wie sie glaubten, Jahre notwendig sein würden, vollendet sich in einem knappen Zeitraum.

Die beiden sozialistischen Parteien waren seit langem überzeugt, daß es einmal zu einer Einigung kommen werde. Sie sprachen auch ihre Überzeugung aus, aber vor die Frage gestellt, warum sie nicht Schritte täten, um das Ziel schneller zu erreichen, pflegten sie die Achseln zu zucken. Der Weg sei unendlich weit und mit Steinen und Dornen besät. Man werde die einzelnen Stappen langsam und vorsichtig durchschreiten müssen. Man müsse sich einstweilen mit der Aufstellung des Ideals begnügen. Besonders wir Unabhängigen waren voller Skrupel. Die Tat- und Unterlassungssünden der Rechtssozialisten in Krieg und Revolution, ihre Koalitionspolitik und noch manche andere Dinge lagen zwischen ihnen und uns. Bis diese Felsblöcke weggeräumt seien, könnten Jahre vergehen.

Da kam der Mord an Rathenau, und mit einem Schlage wurde leicht, was bis dahin fast unmöglich gewesen war. Eine Reihe von Phasen wurden im Sturmschritt durchgemessen, und wenn heute die Einigung auch noch nicht erreicht ist, so wird doch niemand leugnen können, daß wir ihr sehr nahe gerückt sind. Aus der Überzeugung, daß sie kommen muß, ist die Hoffnung geworden, daß sie sehr bald kommen wird, und der Wille, sie nach Kräften zu beschleunigen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß es viele gibt, denen das Tempo zu schnell gemordet ist. Sie haben Sorgen und Befürchtungen. Wir verstehen und würdigen ihre Stellungnahme, aber wir glauben nicht, daß sie das nun einmal durch einen unerwarteten Stoß ins Rollen geratene Rad noch aufzuhalten vermögen.

Das erste war die Bereitwilligkeit, in die Regierung zusammen mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum einzutreten. Wer hätte einen Beschluß, wie ihn die Reichskonferenz der Unabhängigen am 9. Juli faßte, noch vor vier oder fünf Wochen für möglich gehalten? Zwar war in den offiziellen Rundgebungen der Partei gelegentlich leise angedeutet worden, daß Umstände eintreten könnten, unter denen auch der Weg der Koalitionspolitik zu beschreiten sei. Im Vordergrund stand jedoch die grundsätzliche Ablehnung jeder Kooperation mit Bürgerlichen, und sie galt den meisten als dauernd und unabänderlich. Die andere Eventualität werde nie praktisch werden. Ihre Erwähnung sei mehr oder weniger nur eine kleine Konzession an jene Minderheit, die die ganze Frage unter taktischen und nicht unter prinzipiellen Gesichtspunkten betrachtet sehen wollte.

Jetzt hielt die große Mehrheit die Voraussetzungen zum Eintritt in die Regierung für gegeben. Sie erkannte, daß

ein unmittelbarer Einfluß auf die Exekutive gerade in Zeiten wie den gegenwärtigen von höchster Wichtigkeit ist, und daß man unter den gegebenen Verhältnissen der Arbeiterklasse durch die Zugehörigkeit zu einem in der Hauptfrage zuverlässigen Kabinett besser dienen kann als durch wohlwollende Neutralität. Aber was zuletzt doch den Ausschlag dafür gab, die Anfrage der Sozialdemokraten zu bejahen und keine Bedingungen zu stellen, die über den Schutz der Republik hinausgingen, war der Gedanke an die proletarische Einigkeit. Ein Nein hätte die einheitliche Front zersplittert. Durch die Mordtat war die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Sozialisten jedem klar geworden; es wäre verantwortungslos gewesen, nicht alles zu tun, um die gemeinsame Linie aufrechtzuerhalten.

Dieselbe Erwägung war letzten Endes maßgebend für alle Entscheidungen der folgenden Tage. Die Unabhängigen erklärten sich zur Arbeitsgemeinschaft bereit — wieder nicht, weil sie geneigt gewesen wären, jedes Opfer für einen Ministerposten zu bringen, sondern weil auch dieser Beschluß die Einigkeit stärken mußte. Sie kamen endlich dazu, den Gesetzen über den Schutz der Republik trotz mancher Bedenken und Ausstellungen ihre Zustimmung zu geben, weil Ablehnung die Auflösung des Reichstags bedeutet hätte und der Wahlkampf die getrennt marschierenden Parteien leicht wieder in einen scharfen Gegensatz zu einander hätte bringen können.

Kritiker haben die bejahende Antwort auf die Anfrage nach der Bereitwilligkeit zur Koalition den ersten verhängnisvollen Fehler genannt, aus dem sich dann die anderen Beschlüsse zwangsweise ergeben hätten: „Das Erste steht uns frei, beim Zweiten sind wir Knechte.“ Die Zwangsläufigkeit sei bis zu einem gewissen Grade zugegeben. Die Frage ist nur, ob wir, wenn wir tatsächlich zu unseren Worten standen und das „Maximum an Einigkeit der Arbeiterklasse“ ernstlich anstrebten, den ersten Schritt hätten unterlassen können. Da wir uns zu dem Prinzip der Einheitsfront bekannt hatten, waren wir gebunden, so zu handeln, wie wir gehandelt haben. Wir waren nur solange frei, als uns nicht die höhere Gewalt der Tatsachen unser Verhalten diktierte.

Und — gestehen wir es offen — das gilt auch für unsere zukünftige Haltung. Auf dem Punkte, an dem wir angelangt sind, können wir nicht stehen bleiben. Theoretisch ist zweierlei möglich: entweder die beiden Parteien lösen die Arbeitsgemeinschaft wieder, oder sie bereiten mit vollem Bewußtsein die organisatorische Verschmelzung vor. Eine Arbeitsgemeinschaft, die nicht als Anfang der vollen Einigung empfunden und dementsprechend behandelt wird, ist ein Übel.

Kun gibt es zweifellos in unseren Reihen Genossen, die die Verschmelzung mit den Mehrheitssozialisten für verfrüht halten oder der Meinung sind, wir könnten sie nur wagen, wenn die Kommunisten mit von der Partie seien. Sie sind auch zu dem Versuch einer Wiederherstellung unserer vollen Autonomie bereit. Aber sie werden sich bei genauer Prüfung über die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens klar werden müssen. Ein Zurück ist ausgeschlossen, denn es würde in dem Zusammenbruch der Unabhängigen Partei enden und den Ideen, deren Hütern zu sein sie sich rühmt, tatsächlich die Basis entziehen. Wir müssen den Weg der Entwicklung erkennen und ihn mutig und hoffnungsfroh beschreiten. Dann haben wir auch die stärkste Aussicht, in der geeinigten Partei unsere Eigenart erfolgreich vertreten zu können. Der Kommunismus bedürfen wir zu diesem Zwecke nicht; es wird sogar besser ohne sie gehen, ganz abgesehen davon, da es ein Wahnsinn wäre, die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der Sozialisten daran scheitern zu lassen, daß die Kommunisten unter der Moskauer Diktatur nach wie vor ihre besonderen Wege gehen.

Ueber die Bedingungen der Vereinigung wird noch zu reden sein, aber wir dürfen die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß sie im Herbst Tatsache wird. Sie wird für die Arbeiterklasse das größte Ereignis seit der Novemberrevolution sein. Ein um so bedeutsameres, wenn sich bis dahin die Bemühungen um die Schaffung eines Bürgerblocks verwirklicht haben sollten.

als einen Ersatz der auf 6 Monate verbotenen „Hamburger Warte“. § 21 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik lautet: „Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.“

Inzwischen ist der „Warte“-Ersatz „Fridericus“ beschlagnahmt worden, weil er Beschimpfungen von Mitgliedern der republikanischen Regierung des Reichs enthält und somit gegen § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik verstößt.

Volkswirtschaft.

Die Handelskammern zur Wirtschaftslage.

Die Berichte, welche die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Mai und Juni dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen in großer Deutlichkeit die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage Deutschlands. Diese läßt befürchten, daß der nur zum Teil noch bestehenden Scheitronjunktur bald äußerst schwere Zeiten folgen werden, in denen Deutschland nur dann vor einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden kann, wenn sich die Angehörigen aller an seinem Wirtschaftsleben beteiligten deutschen Kreise zu höchster Arbeitsleistung und Selbstbeschränkung entschließen und wenn unsere ehemaligen Feinde endlich zur Einsicht kommen, daß von ihrem eigenen wirtschaftspolitischen Interessenstandpunkte ihre bisher befolgte Politik grundfalsch war. Nachdem im Mai als Ergebnis der Genue-Konferenz eine günstigere Entwicklung erwartet wurde, ist nach dem erfolglosen Verlauf dieser Konferenz und mit dem Scheitern der internationalen Anleiheverhandlungen in den letzten beiden Monaten der neue starke Marksturz eingetreten, der das ganze Wirtschaftsleben in seinen Bann zog. Zwar setzten alsbald infolge des Strebens nach Vorausverlegung von Anleihekäufen in großem Umfange ein und belebten so das Geschäft in Handel und Industrie; doch mußten bei der immer schwächer werdenden Kaufkraft des Inlandes notwendig Zeiten starker Geschäftstillen folgen. Andererseits begünstigt die Markentwertung nicht mehr so wie früher die Ausfuhrmöglichkeit, da sich jetzt die Inlandpreise immer schneller der gesunkenen Kaufkraft der Mark anpassen und alsbald wieder den Weltmarktpreis erreichen oder gar überschreiten und dadurch die Unterbietung der vielfach unter viel günstigeren Bedingungen arbeitenden ausländischen Wettbewerber unmöglich machen. Die Industrie leidet zudem immer stärker unter dem infolge der Mangellieferung von Reparationskohle bestehenden Brennstoffmangel. Industrie und Handel müssen außerdem zu einer immer größer werdenden Einschränkung ihrer Betriebe schreiten, weil die infolge der starken Markentwertung nötig werdende Beschaffung von erhöhten Betriebskapitalien infolge der Geldknappheit unmöglich ist. Die dauernden Devisenschwankungen und Veränderungen der Preise verhindern auch jede ordnungsmäßige Kalkulation.

Aus den Einzelberichten sind folgende Mitteilungen hervorzuziehen:

Im Steinkohlenbergbau hielt der Rückgang der Förderung an.

Eine starke Nachfrage entfaltete der inländische Bedarf an Kali. Die Eisenindustrie des Reichs neidet gleichfalls eine lebhafte Nachfrage, während die Erzeugung durch Koksmanget und durch die Abwanderung von Arbeitskräften erschwert wurde. Einzelne Teile der Großindustrie sind auf Monate hinaus beschäftigt. Selbst die Kleinisen- und Stahlwarenindustrie verzeichnet nach dem Sturz der Mark wieder größere Auslandsaufträge, die in den letzten Monaten nachgelassen hatten. Bei ihr, wie innerhalb der Textilindustrie und der Tabakindustrie macht sich infolge der stark gestiegenen Rohstoffpreise Kapitalknappheit geltend. Das Sinken der Kaufkraft des Inlandes macht sich u. a. in der Spiegelglasindustrie bemerkbar. Es droht bei Anhalten der Preishöhe früher oder später die meisten Industriezweige mit einer Absatzflodung. Im allgemeinen lassen die jetzigen Berichte noch auf einen guten Geschäftsgang schließen, der aber über die Gefahren der gegenwärtigen Lage nicht hinwegtäuschen darf.

Der Verbrauch ausländischer Kohle

In Deutschland ist infolge der Ententemaßnahmen außerordentlich angewachsen und verschlingt einen großen Teil der eingehenden ausländischen Zahlungsmittel. Bekanntlich ist selbst die Reichseisenbahn genötigt, englische Kohle einzukaufen und zu verfeuern. Inwiefern sich insbesondere die Exportindustrie auf den Verbrauch ausländischer Kohle umgestellt hat, geht daraus hervor, daß nach Mitteilungen aus der keramischen Industrie dieser Erwerbszweig bereits 50 bis 60 Prozent seines Kohlenbedarfs durch den Bezug englischer Kohle decken muß.

Devisen-Kurse.

| Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse. | | Berlin, 7. August. | |
|---|---------------|--------------------|------------|
| | | 5. August. | 4. August. |
| Amsterdam | 100 fl. | 30862.— | 29868.25 |
| Brüssel (Antwerpen) | 100 Frs. | 6072.40 | 5902.60 |
| Kristiania | 100 Kr. | 13433.15 | 12993.80 |
| Kopenhagen | 100 Kr. | 16903.80 | 16804.65 |
| Stockholm | 100 Kr. | 20574.25 | 19675.35 |
| Helsingfors | 100 Finn. Mk. | 1677.90 | 1698.— |
| Rom | 100 Lire | 3395.50 | 3455.40 |
| London | 1 £ | 3505.60 | 3375.75 |
| New York | 1 Doll. | 788.01 | 761.04 |
| Paris | 100 Frs. | 6967.— | 6142.30 |
| Zürich | 100 Frs. | 14771.50 | 14132.30 |
| Madrid | 100 Pesetas | 12009.55 | 11460.65 |
| Wien | 100 K. | 1.53 | 1.55 |
| Prag | 100 K. | 1902.60 | 1797.75 |
| Budapest | 100 K. | 37.20 | 33.45 |

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 6. August: D. Walter Voß in 7 Tg., S. Godel von Dorsing in 2 Tg., S. Samlet von Anenrade in 3 Tg., D. Grotton von Kalitrop in 1 Tg., 7. August: D. Westfugen von Kopenhagen in 16 Std., D. Helus von Kalmars in 2 Tg., D. Guido Nahrung von Kuzhaden in 2 Tg., D. Ariadne von Stettin in 1 Tg., S. Friedl. H. von Kolbing in 2 Tg., D. Otto Joppen von Stettin in 3 Tg., S. Gisa von Albo in 4 Tg., S. Konrad Nahrung von Albo in 10 Tg., D. Vorwerk von Newcastle in 3 Tg., D. Emni von Kopenhagen in 1 1/2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freirecht Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gemeindefragen August Schulz; für Justiz Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Mordsache Rathenau.

Die Zwei-Millionen-Belohnung.

Wie erst jetzt bekannt wird, erhebt der Korpsdiener eines Charlottenburger Korps Anspruch auf die mehr als 2 Millionen Mark betragende Belohnung, die für die Ermittlung der Mörder des Ministers Rathenau ausgesetzt waren. Er will als Erster die Spur auf Tschow gelenkt haben. Nach seinen Beobachtungen fuhr am Donnerstag, dem Tage vor dem Mord, vor dem Korpshaus ein Auto vor, das Tschow steuerte und in dem zwei Personen saßen. Diese luden im Korpshaus zwei Koffer ab, die sie am gleichen Tage wieder abholten. Wohin das Auto fuhr, kann der Korpsdiener nicht sagen. Er hat aber Tschow als Führer bestimmt erkannt, da ihm dessen Person genau bekannt war. Tschow soll nämlich wiederholt an Kommissaren und Zusammenkünften des Korps teilgenommen haben und hat auch selbst Anknüpfende im Korpshaus veranstaltet. Wie behauptet wird, soll

am Abend des Mordtages ein Kommissar im Korpshaus flüchtig gesehen haben, bei dem mindestens Tschow anwesend war. Als der Korpsdiener die nähere Beschreibung des Autos und der Täter las, wurde in ihm der Verdacht rege, daß Tschow zu den Tätern gehöre, und er machte schon am Sonntag der Polizei Mitteilung, so daß nach seiner Meinung zuerst die Spur auf die Täter gelenkt worden ist, und daß er den Hauptanspruch auf die Belohnung habe. Möglicherweise wird es zu einem Klageverfahren kommen.

Der zum besonderen Untersuchungsrichter in der Mordsache Rathenau ernannte Landgerichtsdirektor A. K. Hoff, das Verbrechen in den nächsten Tagen so weit fördern zu können, daß er Ende der Woche, beginnend nächste Woche die Voruntersuchung abschließen und die Akten dem Staatsgerichtshof in Leipzig zur Erhebung der Anklage übergeben kann. Es wird sich im wesentlichen darum handeln, ob bei dem einzig Überlebenden von den drei Tätern, Tschow, dem Führer des Autos, Mitterschäfer oder Reichel zum Mord in Betracht kommt. Weiter wird auch in Erwägung gezogen werden, ob diejenigen Personen, die in der

Mordsache teils wegen Begünstigung nach der Tat, teils bei der Vorbereitung, soweit sie weniger belastet sind, in Haft gehalten werden sollen. Der Kreis der Beteiligten beläuft sich auf ungefähr 15 Personen. Im übrigen haben die Verhafteten — auch diejenigen, die sofort wieder aus der Haft entlassen worden sind — durch ihre Verteidiger gegen den Oberregierungsrat Weiß vom Polizeipräsidentium wegen — Freiheitsberaubung und mißbrauchter Amtsgewalt Strafantrag gestellt. Sie fühlen sich dadurch beschwert, daß sie bis zu 17 Tagen im Polizeipräsidentium inhaftiert gewesen sind, ohne dem zuständigen Richter vorgeführt zu werden. Sie berufen sich dabei auf einen Erlass des früheren preussischen Justizministers Dr. Rosenfeld. Demgegenüber nimmt die Polizei das Recht für sich in Anspruch, den Inhaftierten solange in der Haft zu behalten, bis die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind, was in diesem Falle erst im Laufe der erwähnten Frist erfolgt.

Holz in München.

Die Monarchisten wissen sich zu helfen. Bekanntlich wurde die Hamburger Warte auf 6 Monate verboten. Nun ist der Herausgeber der Antisemit Holz, auf Einladung des Fridericus-Berlages nach München verzogen, um eine Ersatz-Warte mit dem schönen Namen „Fridericus“, eine deutsche Wochenchrift, herauszugeben. Die „Warte“ wird jetzt ins Bayerische überführt. Der Leitartikel von F. C. Holz, der sich verächtlich das Kiesel aus Immergäu unterzeichnet, ist ganz im gewohnten Stil gehalten und bildet eine einzige Verherrlichung des reaktionären Bayerns und eine Herabsetzung und Beschimpfung der deutschen Republik. Denn in Bayern sind „Deutsche der Bayer, Herr im Hause“ und nicht wie in Berlin und den übrigen Hauptstädten des erweiterten Kaiserreichs, „das aus den Steppen Galiziens herangekommene politische Zigeunervolk“. Wer vom Leitartikel noch nicht überzeugt ist, der lese F. C. Holz' „Eindrücke“ in Bayern und er wird überzeugt, um wie weit und um was es sich handelt. F. C. Holz möchte gar zu gern, daß sein Exekutivpöbel in Hamburg ebenso vorreicht, wie er es von den Nationalsozialisten und anderen Zeitgenossen säubert. Die Wochenchrift „Fridericus“ stellt nichts anderes dar,

Freistaat Lübeck.

Montag, 7. August.

Welt und ich.

Im großen ungeheuren Ozean... Willst du, der Tropfen, dich in dich verschließen?

Nein! Öffne deine innersten Organe... Und mische dich in Leiden und Genießen

Und fürchte nicht, so in die Welt verfunken, dich selbst und dein Urqu Coast zu verlieren.

Erst wenn du läßt von jedem Wein getrunken, wirst du die Kraft im tiefsten Innern spüren.

Regelung der Amtsblattfrage.

Der Senat ist, wie uns mitgeteilt wird, auch dem wiederholten Beschlusse der Bürgerschaft, daß die amtlichen Bekanntmachungen in Zukunft im 'Lübecker Volksboten' zu veröffentlichen seien, nicht beigetreten.

Des Gewerkschaftsfest.

Das am Sonntag abgehaltene Gewerkschaftsfest gestaltete sich zu einer mächtigen Friedenskundgebung. 'Nie wieder Krieg!' so lautete die Parole, für die die Massen an diesem Tage demonstrierten.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eder.

68. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Endlich sah man im Tale zwischen den Bäumen einen feinen Rauch aufsteigen. 'Dort muß ein Haus sein', dachte Antje.

Mit unbeschreiblicher Freude sah der Bauer, welche Veränderungen an dem Hause vorgegangen waren; mit dem Blick eines Kenners sah er um sich.

Jetzt trat Wiebke in den Türschwamben. 'Vater!' rief sie halberstürzt; aber ihre Augen blinzelten ihr frei an.

'Andreas!' rief Wiebke hallend; sie rief es in unbefangener, heiterem Tone.

Andreas kam aus dem Garten. Er war wohl etwas verlegen, als er den Herrn sah; aber die Röte, die hübschend über sein Gesicht lag, war nicht die Röte der Scham.

Wiebke sah auf. 'Also das war Andreas' Mutter? Ihre Augen wurden feucht; eine Mutter mit solch lieben Augen, mit solch mildem, freundlichen Lächeln hatte sie sich wohl manchmal heimlich gewünscht.

'Was du für eine hübsche, junge Mutter hast!' flüsterte sie Andreas zu; dann drückte sie Antje die Hand und sog sie ins Haus.

Jetzt standen sie alle vier in der großen Diele. Eine verlegene Stille trat ein. Rolf mußte nicht recht, wie er es aussprechen sollte, was sein Herz bewegte.

'Meine lieben Kinder!' sagte er. Wiebke horchte auf. 'Wußte er schon? Willigte er ohne weiteres ein?'

'Meine liebe Wiebke,' sprach Rolf weiter, 'ich bin gekommen, dich zu holen; du mußt mit mir nach Hause.'

Jetzt flammte in Wiebkes Augen der alte Stolz auf. Sie trat einen Schritt von dem Vater zurück, so daß sie dicht neben Andreas stand. 'Ich bleibe hier, Vater,' antwortete sie; 'mein Platz ist fortan an Andreas' Seite.'

Viele Tausende waren um 1 1/2 Uhr mittags auf der Parade und auf dem Pferdemarkt zusammengedrängt, um für diesen Gedanken und für die sonstigen Forderungen der Arbeiterschaft zu demonstrieren.

Achtung Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundelegierte!

Auf Grund eines Beschlusses des Ortsausschusses wurde vor ungefähr 2 Monaten an das Landesverorgungsamt Lübeck eine Eingabe gerichtet, in der das Landesverorgungsamt gebeten wurde, alles zu tun, um für das jetzt beginnende Wirtschaftsjahr die Versorgung der Lübecker Bevölkerung mit Kartoffeln sicherzustellen.

Der Zusammenbruch der Mark und seine Folgen.

Dem Zusammenbruch der Mark ist eine unheimliche Preissteigerung für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel gefolgt. Der Konsument wird nervös und sucht sich mit dem Notwendigsten einzudecken, soweit dies seine wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten.

Lämpfung der Deffentlichkeit ganz energisch protestiert werden. So waqt ein Petent an den Reichstag folgendes zu schreiben: 'Wer trägt die Schuld an dieser Verteuerung? Niemand anders als die Gewerkschaften, welche die neuen hohen Löhne hervorzubringen.

Diese schamlose Verächtigung der Gewerkschaften, die nichts weiter getan haben, als die Arbeiterlöhne und Gehälter der Geldwertung anzupassen, was aber immer noch gänzlich unzureichend war, ist lediglich ein neuer Versuch, den Anwälten der werktätigen Bevölkerung über die unentgeltliche Verteuerung in falsche Bahnen zu lenken.

Zur Neubenennung der Straßennamen. Das Polizeiamt hat, wie bereits berichtet, in einer amtlichen Bekanntmachung die neuen Straßennamen veröffentlicht.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Der Reichsrat stimmte einer Vorlage der Reichsregierung zur Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zu.

2500 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preise von 2500 Mt. für ein Zwanzigmarkstück.

Die Zentrale für Private Fürsorge hat jetzt wieder ihre Mittagstische eröffnet. Sie ist bereit, auf Wunsch auch vegetarisches Mittagessen zu verabfolgen.

Hand in Hand standen die beiden vor dem Vater und sahen sich in diesem Augenblick trotz vieler Verschiedenheiten sprechend ähnlich.

Rolf Andersen wandte sich mit blassem Gesicht zu Andreas. 'Andreas', sagte er ernst, 'sich mich an; kommst du mir schwören, daß du die Ehre meiner Tochter nicht angetastet hast?'

Der junge Mann sah ihm ins Auge. 'Ja! - Wir haben uns vorgenommen, uns in allen Ehren zu freien.'

'Gott sei Dank!' rief Rolf aus vollem Herzen. 'Heber Antjes Wangen' rollten die Tränen.

'Ich will Euch einmal eine Geschichte erzählen,' sagte Rolf. Er ging, während er sprach, auf der Gehmdiele auf und ab. 'Es waren einmal ein paar junge Leute, die hatten sich lieb und wollten sich heiraten, aber dann wurden sie auseinander gebracht. Das Mädchen bekam einen Sohn, und der Mann mußte eine andere heiraten, und ihm wurde eine Tochter geboren.

Rolf schwing und hefte seine Augen auf Wiebke und Andreas. 'Vater!' sagte Wiebke auf; sie war leichenblass geworden.

'Vater,' murmelte Andreas. 'Meine Kinder!' rief Rolf Andersen schmerzlich bewegt.

Wiebke hatte längst Andreas' Hand losgelassen, immer weiter war sie nach der Tür zurückgewichen. Jetzt stürzte sie, ohne einen Laut von sich zu geben, ins Freie.

Rolf wollte ihr nach. 'Bleib hier,' rief Antje, 'ich hole sie.' Mit flinken Schritten eilte sie hinter Wiebke her.

Antje nahm ihr Kleid auf und ließ schneller. Sie rief: 'Wiebke! Wiebke!' Da blieb das junge Mädchen stehen und sah sich mit wirren Blicken um.

Als Wiebke sich von zwei weichen Armen umschlungen fühlte und die Tränen fließen sah, da schlug sie die Hände vors Gesicht und weinte. Antje führte sie sorgsam heim und sprach so sanfte, liebe Worte, wie sie Wiebke wohl noch niemals gehört hatte.

Drinnen standen unterdessen Rolf und Andreas sich gegenüber, beide voller Befangenheit. Endlich hielt sich Rolf nicht länger, er streckte ihm beide Hände entgegen und rief: 'Mein Sohn!'

Andreas legte seine beiden Hände hinein. 'Du warst mir schon längst ein Vater.'

'So bist du mir nicht böse?' 'Wie sollte ich! Das Recht steht mir nicht zu.'

'Höre, mein Sohn,' sagte Rolf, 'Zeitverweil ist von heute ab Dein; daß hat schon der bestimmt, dem dieser Hof gehörte. Wenn Du willst, kannst Du in vier Wochen heiraten. Was meinst Du, wird die kleine Deern in Zukunft damit einverstanden sein?'

Heber Andreas' Antlit ging ein helles Leuchten. 'Ich bin ihr wohl in letzter Zeit wohl ein bißchen untreu gewesen,' gestand er, 'aber nur in Gedanken; sie wird es mir verzeihen.'

'Werdet ihr auch ausfallen auf Heisterneß?'

'Freilich, wenn ich solch eine kleine lustige Frau habe wie Wieken!'

'Na, allzulange werdet ihr hier nicht mehr in der Einsamkeit leben. Im nächsten Jahre wird eine halbe Stunde von hier entfernt die Bahn nach Schleswig gebaut werden. Dann werdet ihr Nachbarschaft genug bekommen.'

Antje trat herein, Wiebke an der Hand. Das junge Mädchen ging auf den Vater zu und reichte ihm die Hand. 'Sei mir nicht böse Vater,' sprach Wiebke, 'ich muß mich erst darin finden; jetzt bin ich ganz ruhig.'

Wiebke sah auf. 'Wir wollen treu zusammenhalten, lieber Bruder, nicht wahr? Ich werde jetzt mit dem Vater nach Hause fahren und mir von dort aus bald eine Stellung suchen. Aber zu Deiner Hochzeit will ich auch dabei sein.'

Wiebke hielt sich jetzt wunderbar ruhig. Sie war so freundlich und lieberoll; nur die unheimliche Blässe ihres Gesichts zeugte davon, daß sie tiefer litt, als sie eingestehen wollte.

Während Rolf und Andreas draußen nach den Pferden sahen und einen Rundgang durch Hof und Stall machten, bereitete Wiebke auf dem schnell angefertigten Sproßfeuer etwas Essen. Nach dem Essen paßte sie mit Antjes Hilfe ihre Socken, und nachdem sie noch eine Tasse Kaffee gerunkelt hatten, fuhren sie wieder ab. Es war Rolf lieber, daß er noch an demselben Tage wieder zu Hause ankam, und auch Wiebke drängte zur Abfahrt.

Unter Tränen nahmen sie und Andreas Abschied voneinander. Sie umarmten und küßten sich, hielten sich einen Augenblick fest umschlungen und rissen sich dann gewaltsam voneinander los. Antje und Rolf waren still beiseite getreten und sahen sich mit nassen Augen an.

'Adü, lieber Bruder,' sagte Wiebke zu Andreas. 'Adü, Rolf, ich wünsche Dir alles Glück, was es gibt,' sprach Antje zu Rolf.

Lange standen Mutter und Sohn und sahen dem davonfahrenden Wagen nach.

Die alte Gitka wankte an ihnen vorbei. Sie hatte in ihrem Stuhl adwachtend geschlafen und gewacht. Jetzt wurde es ihr zu kühl draußen; mit vorsichtigen, tastenden Schritten schlurfte sie ins Haus.

(Fortsetzung folgt)

